

9. Der Weg des Britischen Empires in den Ersten Weltkrieg und Theorien über den Imperialismus.

1. Einleitung:

Im Juli 1914 gingen in Europa, wie es der britische Außenminister Sir Edward Grey formulierte, die Lichter aus. Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Frau durch serbische Nationalisten in Sarajewo provozierte eine internationale Krise, die in die Katastrophe des Ersten Weltkriegs mündete. Die Bündnissysteme in Europa prallten nun mit der ganzen Gewalt ihrer enormen militärischen Macht aufeinander. Dabei standen die sogenannten Mittelmächte (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und ab Ende 1914 das Osmanische Reich) gegen die Entente, der neben Frankreich, Rußland, Belgien und Serbien auch das Britische Empire angehörte. Dieser Krieg sollte die Welt und damit auch die Lage des Britischen Empires grundlegend verändern.

Acht Jahre später, nachdem alles vorbei war, veranstaltete das Berliner Tageblatt unter seinen Lesern einen Wettbewerb für die witzigste Schlagzeile zum 1. April. Der erste Preis ging an folgende Einsendung:

Erzherzog Franz Ferdinand und Gattin beim Skilaufen in Davos angetroffen. Der Weltkrieg ein Irrtum!

Doch auch dieses schöne Beispiel für sarkastischen Berliner Humor kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Erste Weltkrieg weit tiefergehende Ursachen als nur die Ermordung des Thronfolgerpaars besaß. Im Juli 1914 entluden sich vielmehr die seit Jahrzehnten in Europa aufgestauten Spannungen in einer gewaltigen Explosion, bei der das Attentat von Sarajewo allenfalls die Rolle des zündenden Funken gespielt hatte.

Seit Generationen haben sich Historiker mit der Frage auseinandergesetzt, welches die

unmittelbaren und welches die tieferen Ursachen des Ersten Weltkrieges gewesen seien. Die Kriegsschuldfrage wurde heftig diskutiert, und in den 1960er Jahren kam es in Deutschland mit der sogenannten "Fischerkontroverse" zu einem Historikerstreit, der den Gang der Wissenschaft bis heute beeinflußt.

Wir werden uns dieser Stelle allerdings nicht weiter mit der Auseinandersetzung um die generellen Ursachen des Ersten Weltkriegs beschäftigen können. Dafür bedürfte es einer eigenen Vorlesung. Für uns ist es vielmehr wichtiger zu fragen, welche Rolle das Britische Empire im Vorfeld des Ersten Weltkriegs spielte. Welchen Beitrag es zur Anhäufung jenes gefährlichen Konfliktpotentials leistete, das 1914 wie eine Bombe explodierte, und wie es auf die sich verschärfenden internationalen Spannungen reagierte. Das führt uns sodann zu der weitergehenden Frage, inwieweit der europäische Kolonialismus, also die kolonialen Rivalitäten zwischen den Mächten, eine der Ursachen des Ersten Weltkriegs waren, ja ob der dieser Krieg nicht überhaupt, wie Lenin und nach ihm viele andere behaupteten, nichts anderes als imperialistischer Krieg, ein Konflikt zwischen den Imperialismen war. Oder war es vielleicht doch so, wie der britische Historiker Paul M. Kennedy in seinem Buch, "The Rise of the Anglo-German Antagonism", meinte, daß die kolonialpolitischen Auseinandersetzungen zumindest bei den entscheidenden deutsch-britischen Spannungen noch die geringste Rolle spielten?

Um diese Probleme wenigstens anzudiskutieren, werden wir im folgenden die Entwicklung der kolonialen Spannungen zwischen 1882 und 1914 aus britischer Sicht skizzieren, um uns dann der britischen Außen- und Sicherheitspolitik und der Rolle Großbritanniens bei der Verursachung des Ersten Weltkriegs zuzuwenden. Nachdem wir auf diese Weise die historischen Fakten einigermaßen zusammengetragen haben werden, müssen wir dann einen ersten Einstieg in das weite und komplizierte

Feld der Imperialismustheorien wagen, um den Zusammenhang von Imperialismus und Weltkrieg grundsätzlicher zu beleuchten, wobei wir ja nun mit dem in diesem Semester angehäuften Fach- und Faktenwissen uns dieser theoretischen Auseinandersetzung ruhigen Gewissens stellen können.

2. Kolonialpolitische Spannungen im "Zeitalter des Hochimperialismus", 1882-1914:

Generelle Veränderung der machtpolitischen Situation in Übersee im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts: Zwischen 1815 und ca. 1880 GB vorherrschende Supermacht in Übersee. Doch dann relativer wirtschaftlicher und machtpolitischer Niedergang GBs, Aufkommen neuer Kolonialmächte auf der Grundlage erheblichen Potentials. Damit begann Phase des sogenannten Hochimperialismus und verstärkter machtpolitischer und wirtschaftlicher Rivalitäten. Hervorstechendstes Anzeichen: Wettlauf um die Aufteilung Afrikas.

Diese Spannungen vergifteten internationales Klima, führte zu Krisen und Kriegen an der sogenannten Peripherie (Präv.Imp.) und verschärfte die chauvinistische und jingoistische Stimmung im Innern der Mächte, wobei diese Stimmung und sie tragende Pressure Groups und Hetzpresse die Regierungen wiederum zu härterem Auftreten nach außen veranlaßten. Beispiele: "Gelbe" Presse in GB (Daily Mail), Royal Colonial Institution, Imperial Federation League - Kolonialgesellschaft und Alldeutscher Verband in Dt.

Insofern läßt sich generell sagen, dass das "Zeitalter des Hochimperialismus" zu den mittelbaren Voraussetzungen des Ersten Weltkriegs gehörte. Die hierbei hervorgerufenen Spannungen schufen ein gefährliches internationales Klima. Doch heißt dies noch nicht, daß die neuen Mächterivalitäten und die Krisen in Übersee notwendig zum Krieg führen mußten, oder die Hauptursache waren. Lange Zeit

waren noch nicht einmal die Fronten in diesen Machtspielchen klar, und es bestand durchaus die Möglichkeit, daß GB in einen Krieg gegen Frankreich oder Rußland ziehen würde.

GB-F: Frankreich war der traditionelle koloniale Erzfeind GBs. Seit dem 18. Jahrhundert hatten beide Mächte um die Vorherrschaft in Übersee gerungen. In den 1880er Jahren, als Frankreich sich von der Niederlage gegen Deutschland 1870/71 einigermaßen erholt hatte und führende Politiker Kompensation für den Machtverlust in Europa durch Expansion in Übersee suchten, verschärfen sich brit.-franz. Spannungen erneut. Die franz. Expansion in Indochina brachte beide Mächte dort an den Rand eines lokalen Konflikts und veranlaßte GB 1885 zur präventiven Annexion von Rest-Burma.

Noch schärfer waren die Auseinandersetzungen in Afrika. Bis zum Jahre 1904 war F. nicht bereit, die britische Okkupation Ägyptens endgültig hinzunehmen. Beim Wettlauf um die Aufteilung Afrikas waren die beiden Mächte die Hauptantagonisten. Vor allem in West- und Zentralafrika lieferten sich beide Seiten eine Art Kleinkrieg und ein Wechselspiel präventiver Annexionen. 1898 wäre es in der Faschoda-Krise sogar beinahe zu einem allgemeinen Krieg gekommen.

GB-R: Während des gesamten 19. Jahrhunderts hindurch war Rußland zum großen Rivalen der Briten in Asien geworden. Zeitgenossen und später auch Historiker sprachen vom "Great Game in Asia", der Auseinandersetzung um Einfluß und Expansion in Persien, Afghanistan, Zentralasien, China und sogar im Osmanischen Reich. Um 1880 hatten die Briten erfolglos in Afghanistan interveniert, um russischen Expansionsbestrebungen zuvorzukommen. Zumindest die "men on the spot" rechneten schon bald mit einem russisch-britischen Krieg.

GB-D: Demgegenüber erschienen die deutsch-britischen Kolonialspannungen vergleichsweise harmlos. 1884 hatte die Konservative Regierung Salisbury die Gründung deutscher Kolonien in Afrika und Ozeanien zwar nicht erfreut, aber doch widerstandslos hingenommen. Die britischen "men on the spot", namentlich in den weißen Kolonien reagierten jedoch äußerst gereizt, als die Deutschen sich in ihrer Nachbarschaft etablierten. So waren große Teile der öffentlichen Meinung in Australien empört darüber, daß London den Deutschen erlaubte sich auf Neu Guinea, dem Bismarck-Archipel und Samoa festzusetzen. Ähnliche Reaktionen kamen aus Südafrika im Zeichen der Gründung von "Deutsch-Südwest" und aus Sansibar bei der Gründung von Deutsch Ostafrika. Dieser Druck von der Peripherie gegen Londoner Kompromißbereitschaft blieb ein konstantes Problem und behinderte die Beziehungen zum Deutschen Reich. Die Abneigung gegen den kolonialen Emporkömmling, der ihre unmittelbaren Interessen vor der Haustür bedrohte, war einer der wesentlichen Gründe, warum sich bei Kriegsausbruch so viele Australier, Neuseeländer und Südafrikaner freiwillig zum Kampf gegen die Deutschen meldeten.

Aber beide Regierungen blieben zunächst um Ausgleich bemüht. 1890 wurde der Helgoland-Sansibar Vertrag abgeschlossen, der die deutsch-britischen Kolonialbeziehungen in Ost- und Westafrika regelte, und dem Deutschen Reich gegen Abtretung von Interessen in Afrika die Insel Helgoland einbrachte. Doch dieser begrenzte koloniale Teilrückzug der deutschen Regierung Caprivi heizte die prokolonialistische, chauvinistische und nun auch antibritische Stimmung in Dtland an, wie die Gründung des Alldeutschen Verbandes ausdrückte. Auch die deutsche Regierung geriet somit unter den Druck von Kompromißgegnern.

Die Beziehungen verschlechterten sich deshalb schnell, als die britische Politik in Afrika in den 1890ern aggressiver wurde. 1894 schlossen die

Briten mit dem Kongo des belgischen Königs Leopold II. einen Grenzvertrag ab, der sich über deutsche Interessen am Tanganyikasee hinwegsetzte. Die Empörung darüber war in Deutschland weit verbreitet. Als Cecil Rhodes und die Londoner Regierung 1895 mit der offenen Aggression gegen die Burenrepubliken begannen, war die Sympathie für die Opfer dieser Aggression deshalb in Deutschland besonders groß. Der popularitätssüchtige Kaiser Wilhelm II. witterte hier eine Chance, sich beim Volk und der Presse beliebt zu machen, und übersandte dem Präsidenten der Südafrikanischen Republik "Ohm" Krüger ein offenes Glückwunschtelegramm anlässlich der Zurschlagung der Jameson-Raid. Dieser diplomatische Fehltritt führte wiederum zu erheblichen Aufregungen in GB und sogar zu unverhohlenen Drohungen mit der britischen Flottenüberlegenheit. Angesichts dessen mußte sich die deutsche Regierung fortan aus südafrikanischen Angelegenheiten und auch aus dem späteren Burenkrieg heraushalten.

Aber dem Kaiser, der Regierung und der nationalistisch gestimmten deutschen Öffentlichkeit war bei dieser Gelegenheit die maritime Schwäche des Reiches schmerzlich bewußt geworden. Die Auseinandersetzungen um die Krüger-Depesche waren daher ein Grund, wenn auch nicht der entscheidende, für den ab 1897 einsetzenden deutschen Schlachtflottenbau, der sich gegen GB richtete. Auf diese Weise trugen die kolonialpolitischen Rivalitäten zur Schaffung eines sicherheitspolitischen Problems in Europa bei, nämlich den nun einsetzenden maritimen Rüstungswettlauf zwischen GB und Dtland, das direkt in den Ersten Weltkrieg mündete. Dabei trug das aggressive Auftreten der konservativen Regierung Salisbury in Afrika einen wesentlichen Teil der Mitverantwortung für diese Verschärfung der Lage. Doch die Entscheidung zum herausfordernden Schlachtflottenbau war eine interne deutsche Angelegenheit. Es war die deutsche Regierung, die

damit die machtpolitischen Spannungen in Übersee nach Europa verlagerte und auf diese Weise den internationalen Rivalitäten eine gefährliche Wende gab. Die Gründe hierfür können an dieser Stelle nicht ausgeführt werden, doch sie hatten mit der Kolonialpolitik direkt wenig zu tun.

3. Koloniale Entspannung, 1898-1914:

Die gefährlichen Spannungen der 1890er Jahre, insbesondere die Fashoda-Krise, hatten die europäischen Kabinette von der Notwendigkeit überzeugt, in kolonialen Fragen den Ausgleich zu suchen. Während die politische und militärische Lage in Europa gefährlich blieb, wollte niemand das Odium auf sich nehmen, wegen der vergleichsweise marginale Frage von Interessensphären in Übersee einen allgemeinen Krieg vom Zaun zu brechen. Denn in Europa begannen sich nun gewaltige Bündnissysteme zu verfestigen, während die wachsende Stärke von sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien den allgemeinen Widerstand gegen einen Krieg ausschließlich im Interesse von kolonialen Profiteuren ständig steigerte. Nach dem Burenkrieg und dem Wahlsieg der Liberalen 1906 waren gerade auch die Briten zu größerer Zurückhaltung in Übersee geneigt.

So kam es zu einer ganzen Serie von kolonialen Absprachen, ja sogar zu direkter Kooperation. 1895 hatten die europäischen Mächte bereits gemeinsam mit den USA gegen weitreichende Annexionspläne der Japaner in China interveniert. Als "Kompensation" für ihre Bemühungen hatten sie weitere chinesische Häfen erworben und das Land in Interessensphären aufgeteilt. Doch dies führte zu einer nationalistischen Revolte, dem "Boxer-Aufstand", gegen den die europäischen Mächte 1905 gemeinsam einschritten.

Im Jahre 1904 einigten sich GB und F. auf eine koloniale "Entente" (daher das Wort) in Nordafrika. F. erkannte britische Besetzung Ägyptens an,

während GB franz. Intervention in Marokko zuließ. 1907 bereinigten R. und GB ihre Dispute in Zentralasien: sie teilten vor allem Persien in Interessensphären auf.

Doch auch deutsch-britische Kolonialbeziehungen verbesserten sich, obwohl die Briten durch die blutigen Aufstände und deren brutale Niederschlagung in Deutsch-Südwest und Deutsch-Ostafrika beunruhigt wurden, weil diese Konflikte auf britisches Gebiet übergreifen drohten. Bis 1908 wurden jedenfalls 20 Grenzabkommen geschlossen. Und 1898, sowie 1913 verhandelten beide Seite über eine friedliche Aufteilung der unter Umständen zur Disposition stehenden portugiesischen Kolonien in Afrika. Selbst das seit 1898 umstrittene Projekt eines deutschen Konsortiums zum Bau einer Bahn von Istanbul nach Bagdad, das von der Reichsregierung unterstützt wurde, konnte entschärft werden. Am 15. Juli 1914, zwei Wochen vor Kriegsausbruch, verzichteten die Deutschen auf den Weiterbau bis zum Persischen Golf, was die dortigen britischen Ölintereessen bedroht hätte.

Insofern also hatten kolonialpolitische Spannungen keinen unmittelbaren Einfluß auf den Kriegsausbruch.

4. Die britische Außenpolitik, 1902-1914:

Aber ein großer Teil dieser kolonialen Ausgleichspolitik galt im Grunde nur der Bereinigung der mächtepolitischen Fronten in Europa. Gerade die britische Regierung hatte aus den Spannungen der 1890er Jahre und dem Burenkrieg gelernt, daß ein aggressives Auftreten in Übersee den eigenen Sicherheitsinteressen eher schadete. Angesichts der wachsenden Bedrohung durch die deutsche Flottenrüstung konnte ein Beharren auf festgefahrenen Positionen außerhalb Europas für GB lebensgefährlich werden. Dies war die Wurzel für die plötzliche Kompromißbereitschaft Londons in kolonialpolitischen Fragen nach 1900. Zum ersten Mal seit 1856 war die britische Regierung nämlich

nun bereit, die außenpolitische Tradition der “splendid isolation” aufzugeben und bemühte sich Bündnispartner zu finden.

Dies begann im Jahre 1902, als die Briten ein Bündnis mit Japan abschlossen, das die britische Position in Ostasien absicherte und damit Kräfte für andere Regionen der Welt freimachte. Daraus ergab sich logisch die “Entente cordiale” mit Frankreich im Jahre 1904, denn Japan hatte das britische Bündnis zu einem Krieg mit Rußland benutzt. Die britische Regierung hatte jedoch kein Interesse an einem Konflikt mit Rußlands Bündnispartner Frankreich. Der koloniale Ausgleich in Nordafrika galt deshalb der Entspannung mit Frankreich und der Isolierung des immer gefährlicheren Deutschen Reiches. Doch zur Verständigung mit Frankreich gehörte letztlich auch ein Ausgleich mit Rußland. Deshalb das Abkommen von 1907 über die Aufteilung Persiens. Damit war GBs internationale Situation gesicherter und Deutschland teilweise isoliert. Doch keine britische Regierung wollte einen Krieg mit dem mächtigen Deutschen Reich, deshalb suchte man auch hier den kolonialen Ausgleich. Aber die koloniale Ausgleichspolitik stieß hier an ihre Grenzen. Auch wenn Verständigung im Detail möglich war, so änderte dies doch nichts an der direkten sicherheitspolitischen Bedrohung durch den Rüstungswettlauf zur See. Alle Versuche auf eine Verständigung auf diesem Gebiet scheiterten im Jahre 1912 mit der Mission des britischen Verteidigungsminister Haldane nach Berlin. Der Kaiser und sein Flottenchef Tirpitz lehnten eine Beschränkung des deutschen Flottenbaus entschieden ab, zumal sie sich durch die britische Bündnispolitik inzwischen eingekreist fühlten. Die Spannungen in Europa nahmen nicht ab.

Dabei trugen kolonialpolitische Auseinandersetzungen nun wieder direkt zur Verschärfung der Lage bei - doch es ging hierbei nicht mehr direkt um britische Interessen in Übersee. Die Briten hatten sich durch ihre Bündnispolitik an

die ungleich aggressivere Kolonialpolitik Frankreichs gekettet. Der Vertrag von 1904 erlaubte den Franzosen die erste Intervention in das durch internationale Absprachen als neutral deklarierte Marokko. Als die Deutschen protestierten, hielten die Briten auf der Konferenz von Algeciras zu ihrem neuen Partner. Noch schlimmer waren die Folgen der Ereignisse von 1911. Die zynische Machtpolitik der französischen Regierung kulminierte in diesem Jahr in der zweiten Intervention in Marokko, die zur Annexion des Landes durch Frankreich führte. Die deutsche Regierung antwortete mit einem ebenso zynischen Ränkespiel, das Frankreich zu Konzessionen in Zentralafrika zwingen sollte und sich gegen den Bestand der Entente richtete. Als der britische Schatzkanzler David Lloyd George in seiner berühmten Mansion-House-Rede die Franzosen offen unterstützte und den Deutschen mit britischer Intervention im Kriegsfall drohte, wurde jeder weiteren Verständigungspolitik endgültig der Boden entzogen. Ein Aufschrei ging durch die deutsche öffentliche Meinung, und zwar nicht mehr nur die radikale Rechte, sondern auch das bis dahin eher gemäßigte Bürgertum unter Einschluß des katholischen Zentrums und selbst einigen Linksliberalen. Von nun an galt GB in Deutschland als der Hauptfeind. Das Unwort vom „perfiden Albion“ macht die Runde unter nationalistischen Kreisen. Die Spannungen in Europa verschärfen sich in den folgenden Jahren bis zum Siedepunkt, und der Krieg war vorprogrammiert. Geoffrey Barraclough hat diese Zusammenhänge in seinem Buch, „From Agadir to Armageddon“ vor einigen Jahren eindringlich analysiert.

Die Rüstungswettläufe in Europa und die Konflikte in Übersee verbanden sich nun zu einer explosiven Mischung. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Marokkofrage von allen Beteiligten nur über die Gebühr aufgebauscht worden war, um ihre jeweiligen machtpolitischen Interessen in Europa zu sichern. Es ging letztlich um Zerschlagung oder Erhalt der Entente. Koloniale Fragen waren also nicht

wirklich der Grund für die Verschärfung der Spannungen.

Der britischen Regierung ging es in dieser Phase nur noch um die Erhaltung der eigenen internationalen Position, längst nicht mehr um Machtzuwachs. Außerdem hatte sie kein Interesse an einem Krieg mit Deutschland. Bis 1914 betrieb sie deshalb eine, allerdings erfolglose, Politik des Ausgleichs gegenüber dem Reich und gleichzeitig eine Politik der Stärkung ihrer Bündnisse. So wurden mit Frankreich und auch mit Rußland, kurz vor Kriegsausbruch, detaillierte Militärabsprachen zu Lande und zur See getroffen, die die Führung im eingekreisten Reich nur noch aggressiver stimmten. In dieser Lage wirkte das Attentat von Sarajewo wirklich fast nur noch wie der Funke in einer Ladung angehäuften Sprengstoffs. Aber als die Kontinentalmächte in Europa, besonders die deutsche Reichsleitung, in der Julikrise 1914 zum Krieg trieben, versuchte die britische Regierung immer noch sich dagegen zu stemmen. Doch erneut, wie schon in den Marokko-Krisen, stand London im Zweifelsfalle zum französischen Bündnispartner, um nicht im Endeffekt allein dem mächtigen Deutschen Reich ausgeliefert zu sein. Diese Bündnistreue führte diesmal allerdings in den großen Krieg.

Kein ernstzunehmender Historiker kann jedoch im Nachhinein behaupten, daß GB zu den kriegstreibenden Mächten im Juli 1914 gehört habe, auch wenn die britische Außenpolitik unter Sir Edward Grey in diesem Moment alles andere als geschickt war. Von einer unmittelbaren Bereitschaft "des britischen Imperialismus" im Jahre 1914, den kolonialen Rivalen Deutschland mit Gewalt niederzuringen, kann also keine Rede sein.

Tatsächlich spricht Vieles für die Richtigkeit der eingangs erwähnten These von Paul Kennedy, wonach die kolonialen Rivalitäten zu den geringsten Problemen in den deutsch-britischen Beziehungen gehörten. Es läßt sich sogar behaupten, daß nach 1902 koloniale Fragen hinter den übergeordneten Sicherheitsinteressen der Mächte zurückzustehen

hatten. Zumindest GB war nun durchaus bereit in Übersee Kompromisse zu machen und die eigenen Ansprüche zurückzuschrauben, um die allgemeine Sicherheitslage des Empires und vor allem des Mutterlandes zu verbessern. Dafür sprachen die zahlreichen kolonialen Abkommen mit Dtland, die zu einer allgemeinen Entspannung beitragen sollten, und natürlich die Interessensabgrenzungen mit Japan, Frankreich und Rußland, eben die Politik der "Entente", die GB neue Partner gegen das aggressive Auftreten des Deutschen Reichs verschaffen sollten. Und doch hatten gerade die Auseinandersetzungen in Übersee, vor allem in den 1890er Jahren, zumindest indirekt zur katastrophalen Verschlechterung der Beziehungen zwischen GB und DR beigetragen. Überhaupt bildeten die internationalen Spannungen im Zeichen des "Zeitalters des Imperialismus" eine der Grundlagen für jene Mächtekonflikte, die schließlich in den Ersten Weltkrieg mündeten. Handelte es sich hierbei also doch, wenn auch indirekt, um einen "imperialistischen Krieg"?

5. Lenins Imperialismustheorie:

W. I. Lenin jedenfalls war davon zutiefst überzeugt. Aufbauend auf der Studie von J. A. Hobson über den Imperialismus aus dem Jahre 1902 verfaßte er 1915/16 im Schweizer Exil seine Schrift, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", in dem er das herrschende Wirtschaftssystem für den in Europa tobenden Krieg verantwortlich machte. Lenin ließ sich auf keine Kompromisse und Differenzierungen ein, sondern hantierte mit einem Erklärungsmodell, das in seiner logischen Einfachheit auf den ersten Blick bestechend wirkte.

Seit den 1890er Jahren sei der Kapitalismus von der Phase der freien Konkurrenz zwischen zahlreichen großen und kleinen Unternehmen in die Phase der Vorherrschaft der Wirtschaftsmonopole eingetreten. Vor allem in Deutschland, GB und den USA hätten

sich Monopole und Kartelle gebildet, die nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung diktierten sondern auch die Regierungen der Nationalstaaten zu Bütteln ihrer übermächtigen Wirtschaftsinteressen gemacht hätten. Damit sei der “staatsmonopolistische Kapitalismus” entstanden, also die Herrschaft der Monopolinteressen über Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Doch auch die Monopolbildung habe nichts an dem ehernen Gesetz der kapitalistischen Ausbeutung geändert, demzufolge die permanente Verknappung der Einkommensmöglichkeiten für die breiten Massen durch die Kapitalabschöpfung zugunsten kurzfristiger Profite der Kapitalisten die Inlandsrendite langfristig sinken ließe. Die abnehmende Konsumfähigkeit der Massen ließe auf diese Weise verschärfte Absatzkrisen im Inland entstehen, die die Erträge aus Inlandsinvestitionen der Kapitalisten immer geringer machten. Durch die Monopolbildung habe sich dieser Trend sogar noch verschärft, weil die Monopole ihre Macht einsetzen würden, um die Löhne und Einnahmen der Massen weiter zu beschneiden.

Die sinkende Inlandsrendite habe zu einem sprunghaften Anstieg der Auslandsinvestitionen geführt. Doch auf diesem Gebiet seien die Monopole schnell auf die Konkurrenz der anderen nationalen Monopole gestoßen. Deshalb hätten die Monopole Interesse an der staatlichen Absicherung ihrer Auslandsinvestitionen, notfalls mit militärischen Mitteln gewonnen. Dies sei der Hintergrund für den europäischen Wettlauf um Kolonien seit den 1890er Jahren gewesen. Dabei habe der Staat im Auftrag der Monopole Kolonialpolitik getrieben, um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagemöglichkeiten in Übersee zu beschaffen. Der Imperialismus sei somit ein Resultat des Stamokap, ja so eng mit ihm verknüpft, daß Stamokap und Imperialismus gleichzusetzen seien. Der Imperialismus war deshalb für Lenin nichts als die höchste Entwicklungsphase des Kapitalismus.

Dabei sei jedoch vor 1914 eine Situation entstanden, in der die Aufteilung der Welt an ihre natürliche Grenze gestoßen sei. Weil aber auch in den Kolonien die Profitraten aufgrund des gleichen Mechanismus wie im Inland sinken würden, und die Monopole auf weitere Expansion angewiesen seien, hätten gerade die bei der Aufteilung der Welt Zukurzgekommenen, also die deutschen Monopole, auf eine Neuaufteilung der Welt gedrungen. Dies habe den Konflikt mit Großbritannien unausweichlich gemacht und sei die Ursache für den Weltkrieg.

Diese Theorie wurde in den marxistisch-leninistischen Regimen des Ostens zum ideologischen Dogma erklärt, das eine wesentliche Rechtfertigung für den permanenten "Klassenkampf" gegen den kapitalistischen Westen darstellte. Dementsprechend haben "Imperialismusforscher" von der Sowjetunion bis zur DDR jahrzehntelang daran gearbeitet, Lenins Imperialismustheorie wissenschaftlich zu untermauern und vor allem versucht im einzelnen nachzuweisen, daß und wie die Monopole die politischen Entscheidungen vor 1914 bestimmten, namentlich hinsichtlich der kolonialen Expansion und der Auslösung des Ersten Weltkriegs.

Dabei sind sie gründlich gescheitert. Natürlich hatten bei der europäischen Expansion, gerade auch in der Phase des sogenannten Hochimperialismus nach 1880, wirtschaftliche Interessenten aus dem Mutterland eine wichtige Rolle bei der Erwerbung von Kolonien gespielt. Wir denken dabei z.B. an den Druck, den britische Investoren bei der Intervention in Ägypten 1882 auf die Regierung ausübten oder an die Unterstützung, die sie der Regierung Salisbury bei der Erwerbung Ugandas, die ja die Vergabe von Eisenbahnkonzessionen nach sich zog, gewährten. Dennoch spielten strategische und innenpolitische Motive bei den Entscheidungen der britischen Regierungen eine noch größere Rolle als die Interessen von privaten Investoren. (Siehe Robinson, Gallagher, *Africa and the Victorians*). Derartige

Motive lassen sich jedoch mit Lenins Imptheorie genauso wenig erklären, wie die Aktivitäten der subimperialistischen men on the spot, also der Siedler in Australien, Neuseeland und Afrika, der Militärs in Indien und der wirtschaftlichen Interessenten in Südafrika (Cecil Rhodes). Undogmatische Marxisten wie Harry Magdoff haben ja auch längst zugestanden, dass die koloniale Expansion sich in vielen, wenn nicht den meisten Einzelfällen keineswegs aus unmittelbaren wirtschaftlichen Motiven und Interessen heraus erklären läßt.

Hinzu kommt noch, daß Lenins Theorie an der tatsächlichen Chronologie der europäischen Kolonialexpansion vorbeigeht. Die Phase des Hochimperialismus begann nämlich spätestens 1882, also vor der von ihm diagnostizierten Phase des Imperialismus, des Stamokap in den 1890er Jahren. Nach 1900 nahm das Tempo der kolonialen Expansion, gerade auch GBs und Ds sogar deutlich ab.

Wichtiger aber ist die Tatsache, daß Lenins These bezüglich der Bedeutung der Auslandsinvestitionen an der Realität vorbeiging. Sicherlich: die britischen Auslandsinvestitionen stiegen vor und nach 1900 sprunghaft an. Doch beim angeblichen Hauptkonkurrenten Deutschland investierten die Kapitalisten mit Vorliebe im Inland und zeigten auffallend wenig Interesse an Investitionen in den deutschen Kolonien. Und selbst die Briten betrieben koloniale Expansion nicht in Richtung auf ihre Hauptinvestitionsgebiete. Die große Masse der britischen Investitionen bis 1914 ging nämlich in die USA, Südamerika, Europa, Japan und die bereits unterworfenen oder abhängigen Gebiete wie Indien, Kanada und Australien. Nur ein Achtel des britischen Auslandskapitals war in neuen Territorien, vornehmlich in Afrika (vor allem Südafrika und Ägypten) angelegt worden. Das reduziert die Bedeutung dieser Kolonien und den angeblichen Zwang zur Expansion erheblich. Hinzu kam aber noch,

daß die Inlandsrendite keineswegs permanent sank, sondern der Inlandsmarkt gerade im Zeichen des sich herausbildenden Wohlfahrtsstaats, dessen Anfänge in D und GB bereits vor 1914 lagen, an Bedeutung gewann, weil die Kaufkraft der breiten Bevölkerung dadurch gestärkt wurde. Der Kapitalismus erwies sich dadurch als wesentlich flexibler und langlebiger, als Lenin vorausgesagt hatte.

Und schließlich hat sich auch Lenins These vom Stamokap in dieser Form als unhaltbar erwiesen. Natürlich hat die Wirtschaft und haben Großfinanziere und Großindustrielle erheblichen Einfluß auf Entscheidungen der Regierungen genommen. Aber sie konnten sich keineswegs immer durchsetzen, wenn man etwa an das Scheitern der industriellen Schutzzollbewegung in GB nach 1900 denkt. Sie hatten außerdem mit immer noch starken nichtkapitalistischen Lobbies zu kämpfen, z.B. dem nach wie vor mächtigen adligen Großgrundbesitz in GB und besonders in D. Überdies ist es selbst den besten marxistisch-leninistischen Historikern nicht gelungen, einen unmittelbaren ausschlaggebenden Zusammenhang zwischen Monopolinteressen und der Entscheidung von Regierungen zur Erwerbung von Kolonien herzustellen. Dazu waren die Motive der Regierungen in jedem einzelnen Fall viel zu komplex. Die Interessen der zahlreichen "Monopole" und anderen gesellschaftlichen Gruppen waren auch viel zu widersprüchlich, als daß die Regierungen zum Büttel einer einzigen Gruppe oder gar eines monopolkapitalistischen Gesamtinteresses hätte werden können. Es waren eher kleine Gruppen von Interessenten vor Ort (z.B. Sir George Goldie in Nigeria), die dort Expansionspolitik durchsetzen konnten, wobei deren Erfolge zumeist auf Kosten der Steuerzahler und damit auch anderer Kapitalisten gingen, die staatliche Interventionen und Subventionen lieber in ihren Bereichen gesehen hätten (etwa durch eine protektionistische und innovative Industriepolitik).

Schon gar nicht ist der Nachweis gelungen, das

“Monopolkapital” habe 1914 zum Krieg gedrängt. Natürlich haben gerade die Schwerindustriellen am internationalen Rüstungswettlauf verdient. Sie sahen die großen politischen Spannungen jener Zeit deshalb nicht ungern und waren deshalb auch wie Krupp bereit, Organisationen wie den Deutschen Flottenverein und den Alldeutschen Verband finanziell zu fördern. (Ähnlich Vickers und Imperial Navy League). Doch immer wenn diese Agitationsverbände offen zum Krieg hetzten, verloren sie die Unterstützung durch die Industrie. Überdies aber fürchteten gerade jene Kapitalisten, die große Investitionen in Übersee getätigt hatten und deshalb nach Lenins Argument zu den Kriegstreibern hätten gehören müssen, eben diesen Krieg. So standen in Deutschland Industrielle, Schiffsreder und Bankiers wie Hugo Stinnes, Albert Ballin und die Warburgs mit Entschiedenheit auf der Seite einer Entspannungspolitik. Als der Krieg ausbrach, waren sie entsetzt, denn sie verloren Millionen. Ähnliches läßt sich auch für britische Kapitalisten zeigen (z.B. Rothschild). Und schließlich hat ja auch die britische Regierung diesen Krieg nicht gewollt. Die Kriegstreiber in Europa waren vielmehr unter extremen Nationalisten, den zynischen Machtpolitikern und vielen Militärs zu finden. Die tieferen Ursachen des Krieges lagen in den sozialen und politischen Strukturen der zum Krieg drängenden Staaten, vor allem Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland. Aufgrund dieser inneren Strukturen konnten relativ kleine Gruppen von Kriegstreibern überproportionalen Einfluß gewinnen, so wie kleine Gruppen von Interessenten die koloniale Expansion vorangetrieben hatten. Es waren soziale Spannungen und der Mangel an demokratischer Kontrolle, gerade bei den politisch eher unterentwickelten Großmächten in Mittel- und Osteuropa, nicht aber die dort ohnehin nur teilweise durchgesetzte kapitalistische Wirtschaftsordnung, die den Kriegstreibern ihre Chance gaben. Dabei standen im Mittelpunkt der internationalen Spannungen, die durch die Treibereien von innen heraus bis auf den Siedepunkt erhitzt wurden,

Fragen wie der Besitz Elsaß-Lothringens, der Bestand Österreich-Ungarns, die Machtverteilung auf dem Balkan, das internationale Wetttrüsten und der deutsche Schlachtflottenbau in der Nordsee. Also alles europäische Probleme. Die genaue Verteilung von Kolonien und Einflusssphären war verglichen damit zweitrangig. Insofern zählte die Expansion in Übersee bestimmt nicht zu den unmittelbaren Kriegsursachen. Doch es läßt sich nicht leugnen, daß die zynische und rücksichtslose Ausbreitungspolitik außerhalb Europas, wie sie von Lord Salisbury in den 1890er in Afrika, oder von den beiden französischen Ministern Delcassé und Calliaux, sowie von Reichskanzler Bülow, bzw. von Staatssekretär Kiderlen-Wächter in den beiden Marokkokrisen betrieben wurde, zur allgemeinen Vergiftung des Klimas beigetragen hat. Der Imperialismus spielte also allein in dieser Hinsicht eine gewisse Rolle. Dabei haben wir aber am britischen Beispiel gesehen, daß dieser aggressive Imperialismus ebenfalls (wie später die Kriegstreibereien) eine starke innenpolitische Komponente besaß. Beispielhaft hierfür war die britische Kolonialpropaganda und die kleinbürgerliche Begeisterung für Eroberungen in Übersee. Gesellschaftlicher Chauvinismus und Jingoismus stellten also gewissermaßen die tiefere Wurzel dar, die mit aggressivem Kolonialismus in GB und anderswo, sowie mit dem beginnenden Antisemitismus und Kriegstreibereien auf dem europäischen Kontinent verschiedene, nur indirekt miteinander verbundene Blüten trieb. Dabei verstärkten sich jedoch all diese Elemente in einem dialektischen Prozeß gegenseitig, wenn etwa Rückschläge in der Kolonialpolitik in Deutschland die chauvinistischen Organisationen radikalisierten, was zu einer Intensivierung von Kriegstreibereien führte.

Der Erste Weltkrieg kann deshalb nicht als das notwendige Ergebnis des staatsmonopolistischen Kapitalismus und auch nicht des Imperialismus im Sinne Lenins betrachtet werden. Seine Ursachen waren genauso komplex wie die Strukturen und Triebkräfte des europäischen Imperialismus, gerade

auch des britischen Imperialismus. Monokausale Erklärungsmuster im Stile Lenins reichen nicht aus, um dieser Komplexität Herr zu werden.

Doch was war der britische Imperialismus denn nun eigentlich, wie ist seine Funktionsweise, sind seine Strukturen zu erklären? Ist es überhaupt möglich, eine zusammenhängende Theorie des Imperialismus zu entwerfen? Können wenigstens aus den in diesem Semester besprochenen historischen Abläufen theoretische Schlußfolgerungen gezogen werden, die zu einem sinnvollen Erklärungsmuster führen könnten? Und schließlich, wie ist die Geschichte des britischen Imperialismus zu bewerten? - All diesen Fragen werden wir uns in der letzten Sitzung zuwenden.